Abendausgabe

Nr. 572 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 283

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
4. Dezember 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Löbe an Geßler.

Ein offener Brief an den Reichswehrminister.

In der Auseinandersetzung um die Reform der Reichswehr-Rekrutierung hat Genosse Löbe dem Reichswehrminister einen Brief gesandt, der auf die Ableugnungen des Ministers gegenüber den Behauptungen unserer Genossen eingeht. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Minister!

Als Ergebnis der Prüfung des Materials, das ich Ihnen auf Ihren Wunsch brieflich übermittelt hatte, teilen Sie mir in einem, von Ihnen auch der Presse übergebenen Briefe mit:

„In keinem einzigen Fall haben sich auch nur Anhaltspunkte für das tatsächliche Bestehen von „Werbebureaus" ergeben, die den Ersatz aus rechtsstehenden Kreisen vermitteln. Keiner der von Ihnen benannten ehemaligen Offiziere hat die Annahme auch nur eines einzigen Freiwilligen tatsächlich beeinflußt. Denn ein solcher Einfluß kann keinesfalls darin erblickt werden, daß die genannten Persönlichkeiten gleich einer großen Zahl anderer Staatsbürger gelegentlich Gesuche ihnen persönlich bekannter junger Leute um Einstellung in die Reichswehr dem einen oder anderen Truppenteil mit der Bitte um Berücksichtigung übersandt haben."

Sie nennen dann die Namen der von mir aufgeführten Offiziere Wilhelmi, Rembe, Moser und Weiner und kommen zu dem Schluß, daß „die Bearbeitung des Reichswehrersatzes bei den einzelnen Truppenteilen unter grundsätzlicher Ausschaltueg aller ehemaliger Offiziere ausschließlich in der Hand der verantwortlichen Reichswehrangehörigen liegt".

Wie zuverlässig diese Ihre Angaben sind, erlaube ich mir Ihnen in dem Fall Moser näher darzulegen. Der Hauptmann a. D. Moser, Direktor der Medawerke in Darmstadt, Parkusstraße 10, der in der Stadt als Bearbeiter der Reichswehrangelegenheiten bekannt ist, empfängt die bei ihm sich meldenden jungen Freiwilligen nach Feststellung ihrer Personalien mit den folgenden Fragen, die schon zeigen, daß er nur „gelegentliche" Gesuche entgegennimmt: Schulbesuch, Lehrzeit, letzte Beschäftigungsart, Konfession, Vereinszugehörigkeit, Vorstrafen, Dienstzeit und Dienstort und Charge des Vaters, Verwandte im Heer und der Marine. Dan gibt Herr Moser, der nur ganz gelegentlich Gesuche annimmt, dem Bewerber ein hektographisches Formular folgenden Inhalts:

„Herrn Dr. Binder, Darmstadt, Frankfurter Straße 16, mit der Bitte, den NN. auf Tauglichkeit der Reichswehr untersuchen zu wollen.

Darmstadt, den . . . .

gez. Moser."

Wohl gemerkt, nicht der mit der Bearbeitung des Heeresersatzes beschäftigte Offizier, sondern Herr Moser, sendet den Bewerber zum Arzt, entweder zum Reichswehrarzt Dr. Binder, mit dem Herr Moser doch eigentlich nichts zu tun haben sollte, oder zu einem nationalistischen Arzt Dr. Binder, mit dem die Reichswehr nichts zu tun haben sollte. Sodann sendet Herr Moser, der in den Rechtsverbänden Hessens eine Rolle spielt, den Mann mit einem weiteren hektographierten Formular zur Polizei, läßt dieses mit Lichtbild und Unterschrift des Vaters versehen und fordert eunmehr die polizeiliche Auskunft nach Vorstrafen, Hilfsschule, Fürsorge, Beleumdung, Zurechnungsfähigkeit, Betteln, Landstreicherei usw. ein. Nachdem die Polizei dieses Formular ausgefüllt hat, prüft Herr Moser ob die Papiere in Ordnung sind. Alles das in einem Bureau, das zur höheren Ehre der Republik mit den Bildern des Exkaisers und des völkischen Abgeordneten Ludendorff, mit schwarzweißroten Fahnen und acht Säbeln geschmückt ist. Damit ist aber die „gelegentliche" Tätigkeit des Herr Moser noch nicht beendigt. Er kontrolliert auch den weiteren Gang seiner Bewerbungen bei der Reichswehr und sendet den von ihm weitergegebenen Bewerbern nach einiger Zeit die Aufforderung zu:

„Herr . . . . . .

hier.

Ich bitte um Mitteilung über den Stand Ihres eingereichten Einstellungsgesuches.

gez.: Moser, Parkusstraße."

Aus alledem ist zu ersehen, Herr Reichswehrminister, daß es Werbebureaus für die Reichswehr in Deutschland nicht gibt. Im Falle Moser ist es uns gelungen, alle Einzelheiten für den Beweis des Gegenteils zu ermitteln. Fälle, in denen republikfreundliche Kreise von der Reichswehr nach der Qualifikation für einen Bewerber gefragt wurden, sind mir bisher leider nicht bekannt geworden. Anfragen in den Rechtskreisen sind gang und gäbe und entsprechen auch den gegenwärtigen Heeresergänzungsvorschriften. Wenn die Herren Kompagnie- oder Batallionsführer ihre „persönlichen Beziehungen" nach diesen Vorschriften ausnutzen sollen, so ergibt es sich eben, daß monarchisch gesinnte Offiziere nur monarchische Beziehungen haben und deshalb dränge ich auf eine Abänderung dieser Vorschriften.

Ich erinnere Sie, Herr Minister daran, daß Sie in einem ähnlichen Fall dem Abgeordneten Künstler schriftlich und mündlich die Richtigkeit seiner Beschwerden abgestritten haben und daß kurz darauf Herr Major Schleicher zugeben mußte, daß Sie einer Falschmeldung des betreffenden Offiziers zum Opfer gefallen sind.

Ich erinere Sie, Herr Minister, daß der Abgeordnete Stücklen sich in einer der letzten Sitzungen des Haushaltsausschusses über falsche Angaben, die ihm, dem Haushaltsberichterstatter, über den Preis angekaufter Gewehre gemacht worden sind, beschweren mußte.

Ich muß nach Obenstehendem anehmen, daß Ihnen auch in der Frage der Heereseinstellungen falsche Angaben gemacht worden sind, die Sie leider ungeprüft der Presse übergeben haben, weshalb ich mir die Freiheit nehme, auch diese meine Antwort an die Oeffentlichkeit zu geben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener
Löbe.

*

Reichswehrminister Dr. Geßler hat den vorstehenden Brief des Genossen Löbe heute früh erhalten und daraufhin mitgeteilt, daß er den Fall Moser sofort untersuchen und binnen 24 Stunden Bescheid geben werde.

Reichswehr und Rußland.

Enthüllungen des „Manchester Guardian".

Der „Manchester Guardian" bringt Mitteilungen über Verbindungen zwischen der deutschen Reichswehr mit russischen Militärstellen; die Nachrichten fallen dadurch auf, daß sie ins einzelne gehende Angaben enthalten. Danach sollen die Junkers-Werke in Rußland eine Fabrik zur Herstellung militärischer Flugzeuge für Deutschland und Rußland gebaut haben, außerdem sollen deutsche und russische Militärsachverständige eine Giftgasfabrik ebenfalls für beide Heere in Rußland errichtet haben. Diese Bestrebungen seien seit fünf Jahren im Gange und machen das russische Interesse für General v. Seeckt verständlich. Offiziere der Reichswehr seien mit falschen, von der Berliner Russischen Botschaft visierten Pässen ständig hin und her gereist, um die Fabrik in Gang zu bringen. Im November dieses Jahres seien sechs Schiffe mit Waffen und Munition von Rußland in Stettin eingetroffen. Verantwortlich für diese Machenschaften sei nicht Stresemann, der alles andere als russophil sei, doch sei die Verbindung nicht ohne Wissen hoher Offiziere der Reichswehr und des Reichswehrministeriums möglich gewesen.

Deutsches Dementi.

Dazu bemerkt WTB.

Ein englisches Blatt bringt Meldungen über angebliche Beziehungen militärischer Art zwischen deutschen und russischen Stellen. Da ähnlichen Behauptungen schon wiederholt entgegengetreten worden ist, dürfte es sich erübrigen, auf ihre erneute Veröffentlichung einzugehen, die offensichtlich nur den Zweck haben kann, störend auf die bevorstehenden Verhandlungen in Genf einzuwirken.

*

Es ist übrigens bekannt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der Reichsregierung in Verhandlungen über Abstellung von Mißständen in der Reichswehr steht. Man darf ohne weiteres annehmen, daß die Behauptungen des „Manchester Guardian", der bekanntlich ein großes liberales Blatt und keineswegs dem deutschen Volke feindlich gesinnt ist, bei diesen Verhandlungen eine Rolle spielen werden.

Kriegsspiele in Sachsen-Anhalt.

Neues Material für Dr. Geßler.

Halle a. d. S., 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Unser Hallesches Parteiblatt, das „Volksblatt", ist heute in der Lage, folgendes absolut verbürgtes Material über die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Wehrverbänden zu veröffentlichen. Im Herbst 1925 wurden die Führer der Wehrverbände (Werwolf, Stahlhelm, Treuschaft Lützow, Schlageter-Bund usw.) des sächsisch-anhaltinischen Gebiets von dem Kommandeur des ersten Bataillons des 12. Reichswehrregiments (Stab Halberstadt) zusammen mit über 70 ehemaligen aktiven und Reserveoffizieren zur Teilnahme an den dienstlichen Kriegsspielen der ersten und vierten Kompagnie des 12. Reichswehrinfanterieregiments Dessau beteiligt. Die Teilnehmerliste führte ein Oberleutnant a. D. Krosigk, der offenbar der Verbindungsmann zwischen Reichswehr und Wehrverbänden ist. Am ersten Abend dieser Zusammenkunft hielt der erwähnte Reichswehrbataillonskommandeur eine Ansprache, in der er den Wehrverbändlern Anweisungen darüber gab, wie die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen und der Reichswehr geheimgehalten werden könne. Er empfahl ihnen folgende Ausreden: „Falls irgendwelche Fragen über den Zweck der Zusammenkunft an die Teilnehmer gerichtet werden sollten, so erwidere man, es handele sich nur um eine kameradschaftliche Zusammenkunft aktiver und inaktiver Herren." Diese Zusammenkunft fand in dem Rahmen der Kasinogesellschaft (ehemaliges Offizierskasino des 93. Infanterieregiments) statt. Welchen Sinn die „kameradschaftlichen" Zusammenkünfte aber hatten, geht aus folgendem hervor: Es wurden Kriegsplanspiele veranstaltet. Man bildete zwei Parteien (rot und blau) und auf jeder Seite — das ist bezeichnend für den Zweck der Uebung — wurden aktive und inaktive Offiziere sorgfältig durcheinander gemischt. Mit der Abhaltung dieser gemeinsamen Kriegsplanspiele zwischen rechtsradikalen Wehrverbändlern und aktiven Reichswehroffizieren war jedoch der Zweck der Uebung noch keineswegs erfüllt. Im Anschluß daran wurden aktive Hauptleute beauftragt, Referate über die Entwicklung der modernen Kriegstechnik zu halten. Die Werwölfe und Stahlhelmer wurden mit peinlicher Genauigkeit in alle Neuerungen eingeführt, die namentlich die Infanteriewaffen in der letzten Zeit erfahren haben. Mit welcher Gründlichkeit man vorging, beweist die Tatsache, daß man sich besonders mit dem inzwischen erfolgten Fortschritt bzw. den noch zu machenden Fortschritten des sogenannten Infanteriegeschützes beschäftigte. Es handelt sich dabei, wie den meisten unbekannt sein dürfte, um ein Geschütz, das in einem eventuellen zukünftigen Kriege jede Infanterieformation mit sich führt, um es gegen gefährliche Nahziele, z. B. Maschinengewehre zu verwenden. Unser Hallesches Parteiblatt bemerkt zu diesen Mitteilungen: „Dieser Fall beweist eindeutig und klar, daß die Dementis des Herrn Geßler für die Beurteilung der tatsächlichen Lage völlig wertlos sind. Wir werden dem Herrn Reichswehrminister das vorstehend mitgeteilte Material unterbreiten."

Bleibt der Rechtsblock?

Stimmen zum Schmutz- und Schundgesetz.

Es ist kein Wunder, daß in der Rechtspresse über die Annahme des Schmutz- und Schundgesetzes eitel Befriedigung herrscht. So schreibt die „Kreuzzeitung":

Nach erbitterten Kämpfen ist gestern das Jugendschutzgesetz im Reichstage zur Annahme gelangt. Die Bedeutung dieser Tatsache liegt nicht so sehr in einer für die praktische Auswirkung erheblichen Wichtigkeit — ist es doch gelegentlich nicht ganz unzutreffend als ein Kleinhandelsgesetz bezeichnet worden — wie einmal in dem Umstande, daß es in gewissem Sinne den Auftakt für die kommenden großen Auseinandersetzungen, wir denken dabei vornehmlich an das Reichsschulgesetz, bildet, also auf kulturpolitischem Gebiet.

Die „Tägliche Rundschau" geht noch einen Schritt weiter, indem sie erklärt:

Es ist ganz falsch, wenn die demokratische und die sozialdemokratische Presse erklären, daß der Bürgerblock bei den Verhandlungen angestrebt worden sei. Es ist von dem Reichskanzler und von der Zentrumsfraktion nicht gerade anzunehmen, daß sie besondere Vorliebe für eine solche Koalitionsbildung hegen. Die praktische Erfahrung hat aber bewiesen, daß nur diese Mehrheitsbildung möglich war, um die Regierungsvorlage durchzusetzen. Sicher wird diese praktische Erfahrung nicht ohne Nachwirkung bleiben. Es wird sich voraussichtlich zeigen, daß auch das Reichsschulgesetz und auch die notgesetzliche Regelung der Arbeitszeit mit der Sozialdemokratie nicht durchzuführen sind. Das sind eben praktische Erfahrungen, die mehr bedeuten als alle theoretischen Erörterungen und Kombinationen.

Daß der Wunsch, den Rechtsblock von gestern dauernd aufrechtzuerhalten, beim Zentrum nicht besonders groß ist, bestätigt auch die „Germania", indem sie erklärt:

Es ist eine gelinde ausgedrückt, Verkennung, von einer kulturfeindlichen Koalition zu sprechen, und sie als Vorläufer der kommenden Regierungspolitik an die Wand zu malen. Was sich indes neu gezeigt hat, ist die Notwendigkeit, eine Regierung auf fester Basis zu bilden. Wenn sich die aufgeregten Gemüter auf der Linken beruhigt haben, werden auch sie erkennen, daß die gestrige Abstimmung kein Glied einer sorgsam vorbereiteten Kette gewesen ist, sondern eine Episode. Die parlamentarischen Vorgänge der letzten Tage werden dann kein Wendepunkt in der inneren Politik Deutschlands sein, wenn die Linke es mit der Mehrheit des deutschen Volkes möglich macht.

Neue Zunahme der Arbeitslosigkeit in Berlin

Um 4000 in der letzten Woche.

Die Arbeitslosigkeit hat in Berlin während der letzten Woche wieder recht beträchtlich zugenommen. Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg um 4000 auf 242 000; in den letzten drei Wochen zusammen hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden um nicht weniger als 12 563 vermehrt.

Angesichts dieser neuen Verschärfung am Arbeitsmarkt, die zum Teil durch das Eintreten der Wintersaison bedingt ist, muß mit aller Entschiedenheit verlangt werden, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm schleunigst durchgeführt wird.

auch mit ihr eine vernünftige Kulturpolitik zu treiben.

Diese sehr vorsichtig abgefaßte Erklärung läßt keineswegs darauf schließen, daß das Zentrum geneigt ist, eine Politik der republikanischen Konzentration zu treiben und seine kulturpolitischen Wünsche hinter diesen allgemeinen Gesichtspunkt zurückzustellen. Vielmehr wird der Versuch gemacht, die Linke zu größeren Zugeständnissen auf dem Gebiet der Schulpolitik zu bewegen, indem unter der Blume darauf hingewiesen wird, daß man sich sonst seine Mehrheit auch von rechts holen könnte.

Die Taktik der Rechten, sich dem Zentrum in kulturpolitischer Fragen als Helfer anzubieten, hat damit zum mindesten einen Teilerfolg zu verzeichnen.

Everling über dir!

Ein Parteitag der Konservativen.

„Der konservative Gedanke ist lebendig!" So leitet die „Kreuzzeitung" „mit Gott für König und Vaterland" ihren Bericht über den konservativen Parteitag ein. Konservative — das sind die Kerntruppen der Deutschnationalen Partei, eine Organisation in der Organisation. Und zwar die stärkere, weil zahlungskräftigere. Sie kündigen an: „Kampf für den monarchistischen Gedanken bis zum Siege!"

Dr. Everling, der Fürstenanwalt, erstattete den Bericht über die politische Lage. Dabei versicherte er, immer nach der „Kreuzzeitung":

Es gibt in unseren Kreisen Subjekte, die ihre Treue zum angestammten Königshause damit beweisen, daß sie heute in die Hetze gegen die Fürsten einstimmen. Das ist hundsgemein! (Stürmische Pfuirufe.)

Wie zahlreich die „Subjekte" bei den Konservativen — oder nur bei den Deutschnationalen? — sind, verriet Everling nicht. Wohl aber verriet er in seinem Eifer den wahren Zweck des Schundgesetzes, dem der demokratische Innenminister und ein Teil der demokratischen Fraktion zur Annahme verhalf:

„Ein Gesetz gegen Schmutz und Schund ist heute eine ausgesprochene antisemitische Tat!"

Das sei als Zeugnis aus berufenem Munde hier ausdrücklich festgehalten. Die Demokraten, die dieser „antisemitischen Tat" zustimmten, mögen sich vor ihren Wählern verantworten und bei den Herren Külz und Everling bedanken...

Zuckersteuer und Branntweinmonopol.

Die Regierung erfüllt ihre Zusagen nicht.

Die Reichsregierung plant die Ausarbeitung von zwei Vorlagen, von denen die erste eine Erhöhung des Zuckerzolls um 5 Mk. bringen soll, während die andere eine Ermäßigung der Zuckersteuer um 7 M. pro Doppelzentner und gleichzeitig eine Erhöhung der Branntweinsteuer um 150 M. pro Hektoliter vorsieht. Für den Verbrauch würde das bedeuten, daß der Zuckerpreis pro Pfund durch den Zoll um 2½ Pf. verteuert wird. Die Ermäßigung der Zuckersteuer beträgt 3½ Pf. Selbst wenn man annimmt, daß die Ermäßigung der Zuckersteuer sich voll auswirkt, so würde günstigenfalls eine Ermäßigung des Zuckerpreises um 1 Pf. pro Pfund zu erwarten sein. Das steht in schroffstem Widerspruch zu dem Beschluß des Reichstags vom März d. J. und der bisherigen Haltung der Reichsregierung. Dauernd ist versichert worden, daß anläßlich der Neuordnung des Spiritusmonopols die Zuckersteuer und damit der Zuckerpreis erheblich gesenkt werden sollen.

Die Reichsregierung hat am Freitag die Parteien von diesen Absichten in Kenntnis gesetzt. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie jede Erhöhung des Zuckerzolls bekämpfen werden. Sie haben ferner klar zum Ausdruck gebracht, daß sie in den Vorschlägen der Reichsregierung einen Bruch ihrer Versprechen und eine Mißachtung der bisherigen Beschlüsse des Reichstags erblicken. Schließlich wurde auch noch auf die schwere Gefährdung hingewiesen, die solche Absichten einer glatten Erledigung des Gesetzentwurfes über das Spiritusmonopol bereiten.

Einheitsfront vorn — und hinten?

Ein Meisterstück kommunistischer Einheitspolitik.

„Die rote Einheitsfront" lautet eine große, über zwei Zeitungsspalten gehende Ueberschrift, mit der die „Rote Fahne" ihre lichtvollen Betrachtungen über den Kongreß der Erwerbstätigen beginnt. Der Einheitsfrontrummel wird aufgeführt in einem Kinopalast mit Leuten, die noch immer an die Wahrhaftigkeit kommunistischer Parolen glauben. Das übrige Blatt ist — wie immer bei solchen Gelegenheiten — ausgefüllt mit verlogenen Schimpfereien gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Denn es gehört nun einmal zu den kommunistischen Vorstellungen von inniger Freundschaft, daß man seinen Nachbar, mit dem man einig werden will, gehörig ausschimpft und verleumdet.

Das Berliner Blatt der russischen kommunistischen Zentrale rechnet aber offenbar nicht damit, daß man ihre Zeitung zu Ende liest. Deshalb veröffentlicht sie auf der letzten Hälfte der letzten Spalte der letzten Seite folgendes Telegramm:

„An Maslow, Ruth Fischer, Urbahns, Scholem, Schwan.

Präsidium der Erweiterten Exekutive hat Ihr Schreiben vom 16. November, in dem Sie wegen Ihrer Ausschlüsse an die Erweiterte Exekutive appellieren, erhalten. Dieses Schreiben, das in vollem Einklang mit Ihrer praktischen politischen Haltung in den letzten Monaten steht, enthält die schärfsten, feindseligen, antikommunistischen Angriffe gegen Komintern und ihre deutsche Sektion. Unbeachtet dessen hat das Präsidium der Erweiterten Exekutive auf Vorschlag der deutschen Sektion beschlossen, Ihnen die statutenmäßige Gelegenheit zu geben, vor der VII. Erweiterten Exekutive zur persönlichen Verteidigung Ihrer Appellierung zu erscheinen.

Die fünf Unterzeichner des Schreibens vom 16. November werden auf Grund dieses Beschlusses hiermit eingeladen, sofort, ohne jeden Verzug und ohne jeden Vorwand, vor die Erweiterte Exekutive in Moskau zu kommen. Falls Sie auf die Behandlung Ihres Einspruches Wert legen, ist Ihre Abreise binnen 24 Stunden (äußerstenfalls 48) unbedingt erforderlich, da sonst das Plenum gezwungen wird, die Frage in Ihrer Abwesenheit zu behandeln und zu beschließen.

2. Dezember 1926.

Präsidium der Erweiterten Exekutive."

Die „Rote Fahne" bemerkt selbst dazu, sie erwarte von den Ausgeschlossenen „keine Umkehr von ihrem parteifeindlichen Wege".

Vorn Einheitsfront — hinten das offene Eingeständnis, daß die KPD. nicht einmal mit denjenigen ihrer Freunde „Einheit" halten kann, die noch vor kurzem zu ihren Führern zählten und mit denen sie sich nur noch einig ist, wenn auf die „Reformisten" geschimpft werden soll.

Eine famose Einheitspartei!

Haussuchungen bei reaktionären Politikern.

Eine Erklärung Grzesinskis im Landtag.

Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung beantragten die Kommunisten, daß Preußen seine Reichsratsvertreter instruieren solle, gegen das Schund- und Schmutzgesetz zu stimmen. Da das Zentrum Widerspruch erhob, kam der Antrag nicht zur Beratung.

Außerhalb der Tagesordnung erklärte Innenminister **Grzesinski**, daß er sich über den Erfolg der Haussuchungen, die am 11. und 12. Mai 1926 bei Politikern und Wirtschaftsführern unter dem Verdacht des Hochverrats stattgefunden hätten, inzwischen beim Oberreichsanwalt erkundigt hätte. Der Oberreichsanwalt habe mitgeteilt, daß ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Hochverrats nur gegen Justizrat Claaß eingeleitet worden sei. Nach der im Mai gegebenen Sachlage könne den Behörden und Personen, welche die Durchsuchung angeordnet hätten, und den beteiligten Polizeibeamten keinerlei Vorwurf gemacht werden. Sie hätten einwandfrei gehandelt und die nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen gebotenen Maßnahmen ohne Ansehen der Person durchgeführt. Andererseits stehe der Minister heute nicht an, den Personen, die keinerlei staatsgefährliche Pläne verfolgt hätten, das Bedauern darüber auszusprechen, daß sie durch die Haussuchungen in Mitleidenschaft gezogen seien.

Abg. **Pieck** (Komm.) beantragt die Besprechung dieser Erklärung. Der Minister sei feige zurückgewichen, um die Vorbedingung für die Große Koalition zu erfüllen.

Abg. **von Campe** (D. Vp.): Die dankenswerte Erklärung der Regierung hätte loyalerweise schon längst erfolgen müssen. Die Beratung über die Erklärung kann mit der ersten Lesung des Etats verbunden werden.

Abg. **Bartels**-Krefeld (Komm.) beschimpft den Minister des Innern und erhält drei Ordnungsrufe. Er versichert wiederholt, die Vertagung der Besprechung solle nur die Verhandlung über die Große Koalition verdecken.

Abg. **Heilmann** (Soz.): Derartige Verhandlungen werden nicht geführt. Jedenfalls garantiere ich den Herren Kommunisten dafür, daß sie bis zur Etatberatung am kommenden Donnerstag keine neue Regierung vorfinden werden. (Heiterkeit.)

Die Besprechung der Erklärung des Ministers wird gegen die Stimmen der Kommunisten auf nächsten Donnerstag verschoben. Für die Besprechung selbst stimmen mit den Kommunisten die Deutschnationalen.

Es folgt die Beratung der volksparteilichen Interpellation über den Schulstreik in Dortmund-Land.

Deutschlands Antwort auf Polens Beschwerde

Um die Erklärung der Regierungsparteien.

Die bereits mitgeteilte polnische Protestnote gegen die Erklärung der Regierungsparteien im Reichstag, weil darin auch der Genugtuung über den Wahlausfall in Ostoberschlesien Ausdruck gegeben war, ist nun vom Reichsaußenministerium beantwortet worden. Der polnische Protest wird als unberechtigt zurückgewiesen, dies im einzelnen begründet und u. a. gesagt: Nicht parlamentarische Erklärungen gefährden die deutsch-polnischen Beziehungen, sondern das tut die wirkliche Lage Oberschlesiens; die genaue Einhaltung des deutsch-polnischen Abkommens über Ostoberschlesien wäre die beste Garantie gegen eine Störung der deutsch-polnischen Beziehungen.

*

Der polnische Außenminister Zaleski hat in Paris erklärt, er beglückwünsche sich zu der Wendung, die in den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen eingetreten sei. In Berlin weiß man nichts von einer solchen Wendung; der Vorsitzende der polnischen Handelsabordnung ist seit zwei Wochen aus Warschau nicht zurückgekehrt — vielleicht bringt er bessere Instruktionen, die einen günstigen Fortgang dieser Rekorddauerverhandlungen ermöglichen.

In Verona findet gegenwärtig ein Hochverratsprozeß gegen südtiroler Mitglieder des Bundes Oberland statt. Es wird den Angeklagten, die aus den eigenen Reihen denunziert wurden, vorgeworfen, daß sie unter Vorspiegelung geselliger und sportlicher Betätigung, die Vereinigung aller Deutschen „vom Meer bis Salurn" propagiert hätten. Der Staatsanwalt hielt indessen ein relativ gemäßigtes Plädoyer.

Den Faschisten entronnen ist auch der Redakteur der „Voce Republicana" Padovani. Er ist mit unserem Genossen Treves bereits in Paris. — In Piacenza sind wegen Ermordung eines Faschisten im Jahre 1922 sieben Kommunisten in contumaciam zu 20 bis 16 Jahren Kerker verurteilt worden. Nach einer Meldung des „Lavoro d'Italia" sind in Görz drei junge Kommunisten wegen Verbreitung kommunistischer Flugschriften und Aufreizung zum Klassenkampf zu 4½ Jahren Kerker verurteilt worden.

Rechtsanwalt Dr. Bärensprung aus Magdeburg, bekannt durch seine Tätigkeit für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, wurde zum Regierungsrat im preußischen Innenministerium ernannt und zunächst zur kommissarischen Dienstleistung dem Berliner Polizeipräsidium zugeteilt.

Die neue griechische Regierung, ein Koalitionskabinett, ist beisammen, Ministerpräsident ist wieder einmal Zaimis.

Jeßners „Hamlet" im Staatstheater.

Der Regisseur Leopold Jeßner experimentiert abenteuerlicher als je zuvor. Nicht daß er dem Hamlet in Frack oder Smoking, der in London und Hamburg gezeigt wurde, nur einen ebenso kühn und überraschend ausstaffierten Dänenprinzen entgegenstellen möchte. Jeßner besitzt zuviel Phantasie, um nur mit dem Schneider zu konkurrieren. Darum streitet er um mehr als um das Kostüm seiner Figuren. Die Kriegsleute am Dänenhofe gehen zeitweilig einher wie Hofgardisten Ludwig XV. und dann wieder wie wilhelminische Herrenreiter in kleiner Paradeuniform. Aber die Uniform- und Etiquettenfrage wird für Jeßner zu einer Stilfrage. Man spürt es, der Regisseur trachtet insofern zum Ursprünglichsten dieses Trauerspiels zurück, als er es wie ein Schau- und Spektakelstück im Stile der elisabethanischen Zeit herrichten will. Allerdings nicht wie die Philologen, die ihre Shakespeare-Bühne nur rekonstruieren, um eine Antiquität zu zeigen. Nach dem Willen Jeßners soll der Hamlet etwas sehr Lebendiges sein, ein großer Unterhaltungsrummel für Parkett und Galerie, sogar ein historischer Radau, bei dem die Instinkte der Neugier angebohrt und befriedigt werden. Jeßner will richtiges Theater, bald schaurig, bald rührend, bald tiefsinnig, kurz ein riesiges Kulissen- und Komödiantengetue. Doch wir merken sogleich, daß dieses Experiment beim Hamlet mißlingt. Der Regisseur will den Instinkt der Naivität treffen, und der Hamlet ist doch ein heroisches Bildungsstück, der Hamlet ist tief belastet und überlastet von Gedanken, wir müssen ihn begrübeln, wir können ihn nicht bloß so mir nichts, dir nichts ansehen und mit all dem märchenhaften Gedanken die Phantasie bloß ankitzeln. Der Regisseur, der das vergißt, ist nur ein sonderbares Original, aber kein sehr origineller Regisseur. Das heißt: sein Experiment bereichert nicht, es verballhornt nur. Es vermindert den Wert einer außerordentlichen Dichtung.

Daneben aber gelingen dem Experimentator der Regie außerordentliche Dinge. Das Hamletsche Theaterspiel auf dem Theater und die große Entlarvungsszene der dänischen Könige, diese Orgie der Leidenschaft und der ungezügelten Wut und Grausamkeit wird von dem Regisseur Jeßner mächtig entflammt. Hier gelingt ihm das große, naive Theater, von dem er träumt. Sein Bühnenbildner hat ihm zwischen den Kulissen ein richtiges Hoftheater aufgebaut, mit Prozeniumslogen und Kavalierslogen. Das Theater auf der Bühne sieht aus wie das Theater, in dem die Zuschauer sitzen. Die Teilnahme der Schauspieler strömt zusammen mit der Kinderteilnahme der Leute in dem Parkett und auf den Galerien. Das ursprünglichste Gefühl wird berührt und beschwingt. Wenn Hamlet in der Entlarvungsszene seine Mutter über die Bühne schleift, dann genießt man das wirkliche, nie zu verbrauchende und ewige Theater, die unvergängliche Kolportage, die immer wieder aufregt und die Sinne peitscht. Doch schon die Gespensterei der Hamlettragödie versagt vollkommen. Der Regisseur klügelt sich seine Geistererscheinungen aus. Dort wo das Unfaßbare, das nie zu lösende Rätsel zu sehen und zu spüren sein sollte, sieht man nichts als eine kühlergrübelte Grübelei des Regisseurs.

Und nun die Gedanken! Die Melancholie Hamlets, seine noch nicht ergründete weltenschmerzliche Lebenslehre, die Frage, ob er an Gott glaubt oder an den Teufel, die Frage, ob wir Menschen Stiefkinder der Vorsehung seien oder deren Lieblinge, kurz, das ganze große Moralproblem des Hamlet, das die kleine Theaterei überdauerte und die besten Köpfe der Welt zum Denken anregte! Von diesem Hamlet blieb allerdings wenig. Es war ein Hamlet zum Schauen, es war kein Hamlet zum Erschauern. Es war auch kein Hamlet, der den Gedanken irgendwie angeregt hätte. Man staunte nur, man erkannte, daß der klügelnde Regisseur den Urtrieb der Theaternaivität packen wollte. Doch Tifelei erzeugt selten unmittelbare, d. h. ungesuchte, unbestrittene und unbekittelte Wirkung.

Der Regisseur hatte die Schauspieler vollständig seiner Gewalt unterworfen. Es blieb ein Hamlet übrig, der dem Gedanken des Stückes und der Rolle alles schuldig blieb. Herr Kortner war nur pittoresk. Es blieb eine Ophelia, die nichts Poetisches besaß, sondern nur eine überpuderte Verdorbenheit. Obwohl man sich Mühe gab, an schauspielerische Charakterisierungstalente der wundervollen Kabarettistin Blandine Ebinger zu glauben, glaubte man ihr nicht die ihr vom Regisseur aufgezwungene Rolle der Ophelia. Polonius trägt zu Hause das Schlafgewand irgendeines orientalischen Bordellwirtes. Diese Clownerie, die Herr Bildt auch sonst als Polonius glitzern ließ, war wohl kurios, aber doch eine zu starke Versündigung an dem keineswegs sehr leichten Geistesgehalte der Dichtung. Und alle übrigen Schauspieler, gehorsame Diener des Regisseurs, an dem sie verehrend hängen, wurden in diesen Stil eingefangen. Die Verehrer des Regisseurs wollten nicht sehen, daß neben dem Gelungenen sehr viel Ueberspitztes und kaltblütig Ausgetüftelteres den Text, den höheren Geist und die tiefere Bedeutung geschädigt hatte. Die Jeßner-Gemeinde manifestierte leidenschaftlich für den Mann, der ihr Schildträger ist.

Max Hochdorf.

Rund um den Schund. Die „Neue Welt" in der Hasenheide war bis auf den letzten Stehplatz überfüllt, um der Veranstaltung gegen das Schundgesetz beizuwohnen. Die Erregung über die Annahme des Schundgesetzes hatte das ihre dazu beigetragen. Erich Weinert rezitierte aus dem reichen Schatz seiner satirischen Dichtungen. Mit scharfer Pointierung sprach er neben seinen Külzjaden noch politische und gesellschaftliche Satiren, darunter das Bruchstück eines Schundromans. Er erntete reichen Beifall für seine Darbietungen, von denen manche freilich mehr für das reifere Alter gehörten. Hans Reimann kam mit starker Verspätung und sprach mit sächsischer „Gemiedsdiese" ein Lied auf die alte Zeit und den Schutzengel. Die Jazzbandkapelle, freilich etwas zu klein für den Riesensaal, setzte wieder ein; und das Schmökerspiel Franz Osterroths „Am Marterpfahl der Sioux oder der Mädchenraub im Wilden Westen" ging in Szene, frisch gespielt von der Spielgemeinschaft der Berliner Arbeiterjugend und Jungsozialisten. Die Pausen füllte der originelle Leierkastenmann aus Kietz mit einer wundervollen Selbstironisierung aus. Das Schmökerspiel selbst ist eine wundervolle Persiflage auf die Haupthelden der bekanntesten Schundromane. Rinaldino, Schinderhannes, Nick Carter, Buffalo Bill, Sitting Bull usw., Gestalten, denen ihre Gewalt durch Verspottung mehr genommen wird als durch alle Schundgesetze. Und im Grunde lebt ja in der Jugend die Sucht nach dem Abenteuer, doch leider ist die Zahl guter Abenteurerschriften noch klein. Das Spiel wurde frisch und lebendig wiedergegeben, einzelne Darsteller entwickelten sogar ein recht hübsches schauspielerisches Talent. Das Schmökerspiel und seine Darsteller fanden einen jubelnden und wohlverdienten Beifall. B. Sch.

Ein Weihnachtslaienspiel. „Das rote Herz" von Lobo Frank, das bei dem Preisausschreiben des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit den zweiten Preis erhalten hatte, ist soeben im Arbeiterjugend-Verlag zum Preise von 90 Pf. erschienen. Ebenso sind Anregungen, Material und Programmvorschläge für Weihnachts- und Sonnenwendfeiern in Heft 2 („Die Weihnachtsfeier") und Heft 12 („Die Sonnwendfeier") der vom Reichsausschuß herausgegebenen Schriftenreihe „Arbeiterbildung" enthalten. Auch das Dezemberheft der „Bücherwarte" bringt in der Beilage „Arbeiterbildung eine Vortragsdisposition „Weihnacht" von Robert Breuer.

Benzin als Nahrungsmittel. Professor Neuberg vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Biochemie hat festgestellt, daß es Lebewesen gibt, denen Benzin als Nahrungsmittel dient. Es sind dies Mikroben, die sich neuerdings im Gefolge des Autoverkehrs auf den Landstraßen angesiedelt haben und dort die verspritzten Benzintröpfchen vertilgen. Die Untersuchungen über diese neuentdeckten Mikroorganismen sind noch im Gange; insbesondere wäre die Frage zu klären, ob und wovon sie vor dem Aufkommen des Automobilismus gelebt haben.

Erstaufführungen der Woche. **Mittw.** 20. in der Lützowstr.: „Die türkischen Gurken". — **Freit.** Staatstheater: „Figaros Hochzeit". — **Sonnab.** Städt. Oper: „Jugend im Mai".

Urania-Veranstaltungen. **Tägl.** „New-York", von **Mont.** bis **Freit.** „Nordlandfahrt". **Dienst.** (9) Dr. Behm „Vergangenheit u. Zukunft des Lebens". **Mittw.** „Sumatra". **Freit.** „Südamerika". **Sonnab.** (5 u. 7) Dr. O. Peltzer „Rund um den Sport", (9) „Spaziergänge durch das Glashaus".

Vorträge. Montag, 6., abends 7 Uhr, spricht im Seminar für orientalische Sprachen, Dorotheenstr. 7, Prof. Manteufel, über: „Probleme und Ergebnisse der tropenmedizinischen Forschung."

Ein Japan-Institut wurde heute vormittag im Berliner Schloß eröffnet. Prof. Haber hielt die Festrede. Das neue Institut will die deutsch-japanischen Kulturbeziehungen pflegen und erfreut sich der Unterstützung durch das Reich und Preußen. Es hat einen deutschen und einen japanischen Direktor.

Wie betrachte ich ein Kunstwerk? — lautet das Thema eines Vortrages, den Dr. Max Osborn am 7., abends 8 Uhr, in den Räumen der „Deutschen Kunstgemeinschaft" im Schloß hält. Karten zum Preise von M. 1.— für Mitglieder und deren Angehörige und M. 2.— für Nichtmitglieder sind in der Geschäftsstelle der Deutschen Kunstgemeinschaft im Schloß zu haben.

Existenzsicherung der Reichswehrsoldaten.

Auch eine Seite des Heeresersatzes.

Aus Anlaß der Teilnahme des Exkronprinzensohnes an den diesjährigen Manövern der Reichswehr beschäftigt man sich wieder einmal mit der Frage der Heeresergänzung, also der Frage des Ersatzes der Reichswehr. Es ist daher an der Zeit, diese Frage auch einmal, losgelöst von politischen Erwägungen, unter Gesichtspunkten zu behandeln, die leider allzu häufig mißachtet oder als nebensächlich behandelt werden, obschon sie außerordentlich bedeutungsvoll sind. Dazu wird uns von kundiger Seite geschrieben:

Der Staatsbürger, der Neigung und Eignung zum Dienst in der heutigen Wehrmacht besitzt, muß sich zu zwölfjährigem ununterbrochenen Soldatsein verpflichten. Das heutige durch den Friedensvertrag uns aufgezwungene System verlangt von den Freiwilligen Aufgabe persönlicher Freiheiten (Kasernierung, unbedingten Gehorsam, Heirat nur mit Erlaubnis usw.) sowie vorübergehende Aufgabe staatsbürgerlicher Rechte (politische Betätigung, Wahlrecht, Koalitionsfreiheit). Wenn der junge schulentlassene Mann im Alter von 18 bis 20 Jahren in die Wehrmacht eintritt und nach zwölfjähriger Dienstzeit, also im Alter von 30 bis 32 Jahren wieder ins zivile Leben zurücktreten muß, dann werden natürlich von ihm oder seinen Ratgebern vor dem Eintritt bestimmte Ueberlegungen angestellt.

Diese Ueberlegungen sind ganz einfach: Was wird aus mir, wenn ich aus der Wehrmacht wieder ausscheiden muß? Eine Verlängerung der Dienstzeit ist aus militärpolitischen Gründen nicht möglich. Es mag sein, daß in Zeiten großer Arbeitslosigkeit sich alle möglichen Elemente zum Dienst in der Wehrmacht drängen. Diese aber werden, wenn sie sehen, daß draußen die Wirtschaft wieder in Blüte steht, mit allen Mitteln versuchen, aus der Wehrmacht wieder herauszukommen und bilden somit eine ständige Gefahr für den Bestand einer guten Truppe. Aufrecht, gerade und unbeeinflußt wird nur der Soldat seine Pflicht tun, der weiß, daß am Ende seiner Dienstzeit über seiner weiteren Existenz kein großes Fragezeichen steht.

Die Reichsregierung hat mit den militärischen Stellen die Wichtigkeit dieser Existenzsicherung auch seit langem anerkannt und bemüht sich, den Soldaten

den Weg ins zivile Leben

für die Zeit nach dem Ausscheiden zu erleichtern. Einmal gibt sie den dafür geeigneten und den dies wünschenden Soldaten Gelegenheit, sich in ihrem etwaigen früheren Beruf (handwerksmäßigen, landwirtschaftlichen oder kaufmännischen) auch während der Dienstzeit weiter auszubilden. Vom 5. Dienstjahr ab erhält nämlich der Wehrmachtangehörige einen Unterricht, der für alle Soldaten Dienst, also Pflichtunterricht ist. Neben der Vermittlung allgemeinen Wissens erhalten die vorhin genannten Soldaten praktische Ausbildung in den Heereshandwerkstätten oder in den in Frage kommenden Schulabteilungen, in denen dieses spezielle Wissen vermittelt wird. Nach dem Ausscheiden können diese Soldaten dann, gestützt auf die während der Militärdienstzeit durchgeführte praktische und theoretische Ausbildung und mit Hilfe der ihnen zustehenden Geldabfindung versuchen, im freien Erwerbsleben weiterzukommen.

Die Erfahrungen mit dieser Art Existenzsicherung sind allerdings nicht sehr verlockend. Abgesehen davon, daß der nach der Dienstzeit auf den Arbeitsmarkt tretende Wehrmachtangehörige

das Heer der Arbeitslosen noch vermehrt,

lehren die Ereignisse leider, daß der dem Wirtschaftsleben während zwölf langer Jahre entzogene Staatsbürger die für den Kampf im Wirtschaftsleben nun einmal notwendigen Voraussetzungen nicht in dem Maße besitzt, um erfolgreich, d. h. wettbewerbsfähig konkurrieren zu können. Im übrigen scheint es auch wenig zweckmäßig, sich auf dem Umwege über die Wehrmacht für den freien Beruf ausbilden zu wollen. Wer Techniker, Handwerker, Landwirt oder Kaufmann werden will, verbleibt wohl am besten in diesem Beruf, wenn er vollkommen wettbewerbsfähig bleiben will.

Nach dem vorhin Gesagten ist es begreiflich, daß das Bestreben der Mehrzahl der in die Wehrmacht eintretenden jungen Leute ist, nach Ablauf der Dienstzeit an anderer Stelle im Staate Verwendung zu finden. Die militärischen Behörden tragen diesem Bestreben dadurch Rechnung, daß sie einmal durch gesetzliche Vorschriften die Anstellungsbehörden veranlassen, ihre freien Beamten- und neuerdings auch Angestelltenstellen zum Teil mit ausgeschiedenen Soldaten zu besetzen. Nun könnte hier mit Recht, besonders von den für die Personalpolitik verantwortlichen Stellen eingewendet werden, daß die Tatsache der Dienstleistung in der Wehrmacht noch lange keine Eignung für den Beamtenberuf bedeute. Das ist durchaus richtig. Die militärischen Behörden versuchen daher, den Soldaten schon während seiner Dienstzeit für den von ihm begehrten späteren Beamtenberuf vorzubilden. Zu diesem Zwecke erhalten diese Soldaten gleichfalls vom 5. Dienstjahre ab planmäßig Unterricht in allen Fächern des allgemeinen Wissens. Auch dieser Unterricht ist obligatorisch, und am Ende des 8. Dienstjahres wird in einer Prüfung der Bildungs- und Wissensstand ermittelt. Die Befähigten unter diesen Schülern können dann an dem Unterricht der Oberstufe teilnehmen und erhalten weiter im 9. bis 12. Dienstjahre planmäßig Unterricht, in welchem neben der Vertiefung des allgemeinen Wissens Unterricht in sogenannten höheren Lehrfächern und in solchen Fächern erteilt wird, die für den späteren Beamtenberuf nutzbringend sein können. An höheren Lehrfächern wird gelehrt: Mathematik, eine Fremdsprache, Wirtschafts- und Kulturgeschichte, Wirtschaftsgeographie, Volkswirtschaftslehre, Gesetzeskunde, Staats- und Verwaltungskunde, Physik und Chemie sowie Kurzschrift und Maschineschreiben.

Im letzten Dienstjahr müssen dann beide Schülergruppen an einer Abschlußprüfung teilnehmen, in der im Beisein von Behördenvertretern nachgeprüft wird, ob sie den für den Beamtenberuf notwendigen Bildungs- und Wissensstand erreicht haben. Für die Oberstufe heißt diese Prüfung „Abschlußprüfung II" und für die übrigen Schüler „Abschlußprüfung I". Die Schüler der Unterstufe müssen im letzten Dienstjahr an einem Wiederholungskursus teilnehmen. Nach den

Vereinbarungen mit den Reichs-, Länder- und Gemeindebehörden

und den Körperschaften der Gemeindebehörden gelten diese Abschlußprüfungen als Nachweis der allgemeinen Bildung, und zwar die Abschlußprüfung I für alle Beamtenlaufbahnen bis Gruppe V und die Abschlußprüfung II außerdem für den gehobenen mittleren Dienst.

Es ist also nicht so, daß der ausscheidende Soldat nur als solcher kommt und Beamter werden möchte; er ist, wie vorhin dargelegt, in umfassendster Weise für den Beamtendienst vorbereitet und kann während der von den Behörden zu fordernden Probezeit nachweisen, ob und wie weit er den an einen Beamtenanwärter zu stellenden Anforderungen genügt. Man muß ferner bedenken, daß es sich bei den ausscheidenden Soldaten um Menschen handelt, die im reiferen Lebensalter der Ausbildung oblagen. Außerdem dürften diese Beamtenanwärter mit durchaus gefestigtem Charakter, also mit Eigenschaften zu den Behörden kommen, die für den Beamtendienst unerläßliche Voraussetzung sind.

Wenn also die Behörden die gesetzlichen Verpflichtungen zur Uebernahme ausscheidender Soldaten, nach dem Ausscheiden „Versorgungsanwärter" genannt, ausführen helfen, dann schädigen sie keinesfalls die Interessen ihrer Verwaltung, sondern sie helfen an der Erfüllung von Staatsnotwendigkeiten mitarbeiten, die von höchster Bedeutung sind. Es ist klar, daß ohne Existenzsicherung die Ersatzfrage für die Reichswehr nicht einwandfrei werden kann: Es sei denn, daß man auf hochwertige Freiwillige verzichtet. Staatsbürger mit idealer Gesinnung und sonstigen guten Qualitäten sowie ihre verantwortungsbewußte Ratgeber können den Eintritt in die Wehrmacht nicht empfehlen, wenn die Existenzsicherung für die Zeit nach dem Ausscheiden in Frage gestellt ist. So notwendig die Neugestaltung des Werbesystems für die Reichswehr ist, um die Republikanisierung des Heeres zu sichern, so notwendig ist auch die Vorsorge für den weiteren Lebenslauf derer, die zwölf Jahre ihrer besten Entwicklungszeit sich dem Beruf des Soldaten der Republik widmen.

Sind die Autodroschken schuld?

Unfallstatistik. — Uniform. — Fahrzonen.

Nach der Statistik ereigneten sich in den Monaten Juli, August und September in Berlin 3628 Verkehrsunfälle. Die meisten entfallen auf die Personenkraftwagen. Dabei ist der Anteil der Kraftdroschken gleich dem Anteil der Privatwagen, obwohl es neben 50 000 Privatwagen nur etwa 7000 Droschken gibt. Eine Kraftdroschke richtet soviel Unheil an wie sieben Privatwagen. Woraus erklärt sich diese Tatsache? Ein einziger Blick auf die Straßen Berlins zeigt uns, daß trotz der verhältnismäßig kleinen Zahl sich mehr Droschken im Verkehr bewegen als Privatwagen. Eine Droschke ist meist Tag und Nacht auf der Straße und erreicht wahrscheinlich die siebenfache Anzahl der Fahrkilometer gegenüber dem Privatwagen. Also bei Lichte besehen, verursachen die Kraftdroschken nicht mehr Unfälle als die Privatwagen.

*

Der § 16 schreibt den Droschkenführern einen bestimmten Anzug vor — ganz wie beim Kommiß. „Auch beim Erscheinen vor der Polizeibehörde muß dieser Anzug getragen werden, wenn diese die Anlegung des Dienstanzugs anordnet." Beim Hantieren am Wagen beschmutzt sich der Fahrer naturgemäß; aber „alle Bekleidungsstücke müssen sauber sein", schreibt die Droschkenordnung vor. Keinem Fahrer kann man zumuten, sich zwei Garnituren — eine zum Dienst, die andere beim Erscheinen auf dem Verkehrsamt — zu halten. Man kann auch keinem Menschen zumuten, in einem abgetragenen, von Oel beschmutzten Anzug eine Reise von einem abgelegenen Vorort nach dem Verkehrsamt in Charlottenburg zu machen. Was soll eine Bestimmung, die kein Mensch einhalten kann. In jedem Verkehrsunternehmen liefert der Unternehmer die vorgeschriebene Bekleidung. Im Droschkengewerbe ist das bisher nicht üblich gewesen und dem Fahrer ist es erst recht unmöglich, sich vorschriftsmäßig einzukleiden.

*

Zur Regelung der Fahrpreise für Droschken ist das Gebiet der Stadt Berlin in drei Fahrzonen eingeteilt, wobei die dritte Zone alle Außenbezirke umfaßt. Bei Fahrten von Zone I nach Zone III wird beim Uebergang in diese Zone auf erhöhte Taxe umgeschaltet; das spricht die Polizeiverordnung vom 27. November 1925 klar aus. Unklar ist aber die Bestimmung über Fahrten, die innerhalb der Zone III begonnen und beendet werden. Der § 3 sagt: „Diese Taxe (gemeint ist Taxe I) findet Anwendung bei Beförderung von ein bis zwei erwachsenen Personen innerhalb des auf dem amtlichen Wegemesser als Zone I und Zone II bezeichneten Gebietes und im Gebiet des Polizeiamtes Spandau und Zehlendorf oder eines anderen Verwaltungsbezirks der Zone III, sofern die Fahrt innerhalb dieser Bezirke begonnen und beendet wird." § 4 spricht von Taxe II und lautet: „Diese Taxe hat Anwendung zu finden bei Beförderung von ein bis zwei erwachsenen Personen innerhalb der Zone III, ferner bei Beförderung von drei und mehr Personen innerhalb des Gebietes der Zonen I und II und im Gebiete des Polizeiamtes Spandau und Zehlendorf oder eines anderen Verwaltungsbezirkes der Zone III, sofern die Fahrt innerhalb dieser Bezirke begonnen und beendet wird." Der Fahrer kann sich den besten Paragraph aussuchen — der Fahrgast ebenfalls. Sie werden dabei aber nie einig werden.

Die Mahlsdorfer protestieren.

Am 19. November erschien in der Presse die Nachricht, daß die Stadtbahn nur bis Kaulsdorf elektrisiert werden würde. Aus diesem Grunde hatte die „Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Lichtenberger Gartenheim" eine Protestkundgebung im Restaurant Anders in Mahlsdorf einberufen, in der der Vorsitzende der Siedlungsgenossenschaft, Genosse Gierschner, und Stadtverordneter Genosse Käming gegen diese Bestimmung der Deutschen Reichsbahngesellschaft Stellung nahmen. Sie führten aus: Der Bahnhof Mahlsdorf reicht für den augenblicklich stark gesteigerten Verkehr überhaupt nicht aus. Eine Verkehrszählung ergab, daß durchschnittlich am Tage 4500 Fahrgäste nach Berlin und 4700 von Berlin den Bahnhof benutzten. Der Bahnhof ist aber in einer Zeit erbaut worden, als Mahlsdorf nur 800 Einwohner hatte und nicht annähernd 10 000 wie heute und im Sommer sogar 15 000. Schon vor längerer Zeit hat sich Mahlsdorf an die Eisenbahn um Behebung dieses Uebels gewandt und wurde natürlich auf die Elektrisierung vertröstet. Mit dem Umbau des Bahnhofs ist aber noch ein anderes wichtiges Moment verknüpft. Es fehlt in Mahlsdorf eine Unterführung. Die Eisenbahn schneidet die drei Hauptstraßen, von denen die Bahnhofstraße außerordentlich verkehrsreich geworden ist. Bei diesem starken Verkehr sowohl auf der Straße wie auf der Eisenbahn können sich sehr leicht Unglücksfälle ereignen, vor allem aber kann bei dem jetzigen Zustand die Straßenbahnlinie von Köpenick nicht nach den Siedlungen im Norden Mahlsdorfs über den Bahnkörper hinaus verlängert werden. Der Vorschlag, die gesamte Vorortstrecke bis Strausberg-Rüdersdorf zu elektrisieren und viergleisig einzurichten, ist verworfen worden. Proteste haben bis jetzt wenig genützt, man hofft jedoch, daß die Stadtverordnetenversammlung die Wünsche der Mahlsdorfer unterstützen wird. Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in der dringend die Elektrisierung der Bahn, der Umbau des Bahnhofs und der Bau einer Unterführung gefordert wird. Die Reichsbahn muß „die bisherige stiefmütterliche Behandlung der Verkehrsregelung des Berliner Ostens im Interesse einer der Volksgesundheit dienenden Siedlungspolitik aufgeben.

Einbrecher im Bezirksamt Wedding.

Auf Schreibmaschinen hatten es Einbrecher abgesehen, die heute früh dem Bezirksamt Wedding in der Exerzierstr. 11a einen unerbetenen Besuch machten. Ein Wächter der Wachbereitschaft Groß-Berlin sah auf seinem Rundgang in früher Morgenstunde, daß die Tür des Hauses offen stand. Er schöpfte Verdacht, benachrichtigte den Hauswart sowie das 48. Polizeirevier und suchte mit dem Hauswart das Grundstück ab. Es zeigte sich, daß Einbrecher die Räume im 1., 2. und 3. Stock durchsucht und aus dem Jugendamt bereits vier Schreibmaschinen herausgeholt und in einem anderen Raume zum Mitnehmen verpackt hatten. Als die Einbrecher sich von den beiden Männern und den hinzugekommenen Polizeibeamten entdeckt sahen, ließen sie die Beute im Stich, erbrachen die Bodentür und entflohen über die Dächer. Sie sind noch nicht ermittelt.

Reichskanzler Marx wird anläßlich des Empfangs des Vereins Berliner Presse am Sonntag, den 5. Dezember, im Reichstagsgebäude das Wort nehmen. Die Rede des Reichskanzlers, die in der Zeit von 7,10 bis 7,40 Uhr nachmittags gehalten wird, wird von der Funkstunde Berlin übertragen.

Radio bei der Eisenbahn.

An den Signal- und Sicherheitseinrichtungen für den Zugverkehr im Bezirk der Reichsbahndirektion Berlin werden ständig Verbesserungen und Neuerungen durchgeführt. Von den rund 600 Stellwerken im Bezirk sind im Laufe dieses Jahres 10 erneuert worden, und im nächsten Jahre soll die Zahl dieser Neuerungen noch heraufgesetzt werden. Selbsttätige Blocksignale sind auf der elektrischen Vorortstrecke Berlin Potsdamer Ringbahnhof—Lichterfelde-Ost eingebaut worden, die versuchsweise in diesen Tagen in Betrieb genommen werden. Auf der elektrischen Vorortstrecke nach Bernau sind die Einfahrtsignale mit Fahrsperren versehen worden, die ein selbsttätiges Halten des Zuges bei Haltstellung des Signals bewirken. Auf dem Rangierbahnhof Pankow ist neuerdings zur besseren Verständigung zwischen Lokomotivführer und Rangierleiter eine Radioanlage eingerichtet worden.

Neue Rundfunksender in Stuttgart und Freiburg.

Vor kurzem wurden die neuen Rundfunksender Stuttgart und Freiburg und zwei Besprechungsräume des „Süddeutschen Rundfunks Stuttgart" in Mannheim und Karlsruhe feierlich dem Betrieb übergeben. Der „Süddeutsche Rundfunk" hat in Degerloch bei Stuttgart eine großzügige Anlage mit zwei je 100 Metern hohen Funktürmen gestellt, von denen aus die Wellen sich über das gesamte Gebiet erstrecken. Das Funkwesen hat damit in Südwestdeutschland einen bemerkenswerten Fortschritt gemacht.

Revolveranschlag auf einen Meister.

Neunkirchen (Saar), 4. Dezember. (WTB.) Auf der Schlackenhalde des Neunkirchener Eisenwerks gab gestern ein Hüttenarbeiter U. mehrere Revolverschüsse auf einen Meister ab, mit dem er auf gespanntem Fuße lebte. Der Meister konnte von einem anderen Arbeiter rechtzeitig gewarnt werden und davonlaufen. Er stürzte zu Boden, so daß die Schüsse ihn nicht trafen. U. glaubte, daß er den Meister getötet habe, begab sich in den Aufenthaltsraum des Werkes und tötete sich durch einen Schuß in den Kopf. Der Meister ist unverletzt geblieben. Die Arbeiter des Hochofenwerkes legten die Arbeit sofort nieder, nahmen sie aber wieder auf, als ihnen eine strenge Untersuchung der Angelegenheit zugesagt wurde.

Jetzt 544 000 Kraftfahrzeuge in Deutschland. Nach der alljährlich am 1. Juli stattfindenden Zählung im Deutschen Reich ist die Zahl der Kraftfahrzeuge von 425 790 in 1925 auf 544 894, also um rund 25 Proz. gestiegen. An erster Stelle stehen die Großkrafträder mit 236 387 (1925: 161 508), dann folgen Personenkraftwagen mit 206 456 (1925: 174 665), in dieser Zahl sind 20 392 (13 794) Droschken und Omnibusse im öffentlichen Verkehr enthalten. Lastkraftwagen waren am Stichtage 90 019 (80 363), Zugmaschinen 10 263 (7731) und Feuerlöschwagen und Straßenreinigungsmaschinen 1769 (1523) vorhanden.

Schnee im Schwarzwald. Bei einer Temperatur von minus 6 Grad ist gestern und im Laufe der vergangenen Nacht über dem südlichen Schwarzwald bis zu 400 Meter hinab neuer Schneefall niedergegangen.

Schneefall auch in Oberschlesien. Im Laufe der heutigen Nacht ist in Oberschlesien Schneefall eingetreten. Die Schneehöhe beträgt etwa 10 Zentimeter bei 0 Grad.

Unwetter in Mittel- und Südfrankreich. Die gestern in Mittel- und Südfrankreich wütenden Stürme haben an verschiedenen Stellen großen Schaden angerichtet. In der Nähe von Roquebilliere sind nach Meldungen aus Nizza gestern zwei weitere Erdrutsche erfolgt. Die Eisenbahnstrecke Paris—Toulose ist bei Pont du Boulon 14 Kilometer von Brive in einer Länge von 300 Meter durch Erdsenkungen infolge der starken Regengüsse beschädigt worden. Aehnliches wird aus anderen Gegenden gemeldet.

40 Jahre Gewerkschaftsarbeit.

Vom Brauer- zum Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband.

Der Ortsverein Berlin des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter feiert heute abend im Saalbau Friedrichshain sein 40. Stiftungsfest. Die Berliner Brauergesellen hatten schon im Jahre 1874 einen Verein gegründet, der allerdings nur die gegenseitige Unterstützung der Brauer bei Krankheiten und besonderen Notfällen bezweckte. Wenn auch der Verein keine Kampfziele hatte, so war seine Gründung doch ein Zeichen für das erwachende Solidaritätsgefühl der Arbeiter in der Brauindustrie. Diese Vereinigung löste sich bald wieder auf.

1884 regten sich die Berliner Brauer wieder und faßten in einer Versammlung am 26. Dezember den Beschluß, einen neuen Verein zu gründen. Am 3. Januar erfolgte in einer von 300 Brauern besuchten Versammlung die offizielle Gründung des „Berliner Bierbrauergesellenvereins". Bald entstanden in anderen Städten Deutschlands ähnliche Vereine, die sich als Glieder eines Verbandes betrachten, als dessen Vorstand sie den Vorstand des Berliner Bierbrauergesellenvereins ansahen. Auf einem Delegiertentag am 17. August 1885 in den Räumen der Philharmonie wurde der „Allgemeine Brauerverband" gegründet, der seinen Sitz ebenfalls in Berlin hatte.

Infolge von Differenzen mit der Redaktion der Verbandszeitung und wegen anderer Meinungsverschiedenheiten, die auch auf dem Delegiertentage in Dresden, 1886, nicht beigelegt werden konnten, erklärte am 6. September des gleichen Jahres der Berliner Bierbrauergesellenverein seinen Austritt aus dem Allgemeinen Brauerverband.

Eine kleine Anzahl von Vereinsmitgliedern, die mit dieser Stellungnahme ihres Vereinsvorstandes nicht einverstanden waren und an der zentralen Organisationsform festhalten wollten, gründeten am 4. Dezember 1886 einen Berliner Gauverein, der sofort dem Allgemeinen Brauerverband beitrat. Vorsitzender des Gauvereins wurde der Gastwirt Paul Hilpert, dessen Werk eigentlich die Gründung des Vereins war. Es ist vornehmlich das Verdienst des Berliner Gauvereins, daß sich der Allgemeine Brauerverband von der zünftlerischen Vereinsmeierei ab- und der modernen Arbeiterbewegung zuwandte.

Im April 1893 gründete sich in Berlin ein Verein der Brauereihilfsarbeiter, der Ende Oktober 1898 zum Allgemeinen Brauerverband übertrat und in ihm eine besondere Sektion bildete, die sich erst am 1. Januar 1909 mit der Sektion I (Brauer) zu einer gemeinsamen Ortsverwaltung verschmolz.

Bei der gemeinschaftlichen Generalversammlung im Januar 1909 wurde der bisherige Schriftführer der Berliner Zentralstelle, Genosse Hodapp, einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt, welches Amt er noch heute bekleidet. Im Jahre 1910 kam die Verschmelzung mit den Mühlenarbeitern. Alle Bewegungen aufzuzählen, die die Organisation im Laufe der vier Jahrzehnte zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Brauereiarbeiter geführt hat, würde in diesem Zusammenhang zu weit führen. Erwähnt sei nur, daß es der Organisation schon vor dem Kriege gelang, für das Maschinenpersonal in den Brauereien und die Flaschenkellereiarbeiter in der Nachtschicht den Achtstundentag tariflich festzulegen.

Heute ist in allen Tarifverträgen die vom Berliner Ortsverein des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter — welchen Namen sich die Organisation auf dem Verbandstag in Dresden im Jahre 1922 gab — abgeschlossen sind, der Achtstundentag verankert. Der Krieg brachte für die Organisation wie für alle Verbände einen starken Rückschlag. Zählte der Berliner Ortsverein am 30. Juni 1914 schon 5022 Mitglieder, so ging diese Zahl bis zum 1. Oktober 1917 auf 1522 zurück. Nach dem Anschwellen der Mitgliederzahl auf 6907 bis zum Ende des

zweiten Quartals 1922 ging diese Zahl abermals bis Ende 1923 auf 3825 zurück. Am Ende des dritten Quartals 1926 hatte der Ortsverein bereits wieder 4736 Mitglieder, wobei jedes Mitglied mit 13 Wochenbeiträgen im Vierteljahr eingesetzt ist, so daß also, wenn man die Erwerbslosen hinzurechnet, der Mitgliederbestand der Vorkriegszeit wieder erreicht ist. Zusammenfassend kan gesagt werden, daß sich der ehemalige Brauerverein aus kleinen Anfängen zu einer Organisation entwickelt hat, deren Stärke von den Berliner Brauereien nicht unterschätzt wird.

Kommunalbeamte, Besoldungsaktion und Finanzausgleich.

Eine gut besuchte Delegiertenversammlung der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, Verbandsgruppe I, beschäftigte sich am 30. November im Berliner Stadthause mit dem Stand der Besoldungsneuregelung für die Beamten. In einer Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die vom Reichsfinanzminister in Aussicht gestellte einmalige Besoldungsbeihilfe völlig unzureichend ist. Die RDR. I ist der Meinung, daß der Notlage der Beamtenschaft, besonders in den unteren und mittleren Gruppen, nur durch eine allgemeine und dauernde Gehaltsaufbesserung gesteuert werden kann. Bei dieser Gelegenheit ist anzustreben, daß die Besoldungsgruppen 1—3, deren Bezüge völlig unzureichend sind, beseitigt werden.

Mit Rücksicht auf die eingetretene Erhöhung der Wohnungsmieten fordert die Delegiertenversammlung die Beseitigung des unzureichenden und unsozialen Wohnungsgeldsystems, das nur einen Teil des tatsächlichen Wohnungsmietenaufwands deckt, und Ersetzung durch einen Zuschlag, der den tatsächlichen Mieten entspricht.

Soldes vom Ortsgruppenverband referierte sodann über die die Bedeutung des Finanzausgleichs für die Gemeindebeamten. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich mit aller Entschiedenheit gegen die in der Denkschrift des Deutschen Städtetags „Städte — Staat — Wirtschaft" ausgesprochene Absicht, das preußische Gesetz vom 8. Juli 1920, betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts, zu beseitigen, wendet. Unbeschadet der notwendigen Verbesserungen wird an dem in dem Gesetz festgelegten Grundsatz festgehalten, daß die Gemeindebeamten in keiner Weise hinsichtlich ihrer Besoldung schlechter gestellt werden dürfen als die in vergleichbaren Stellen des Staates tätigen Länderbeamten.

Der Verbandsvorsitzende Theek referierte über die „Einigungsverhandlungen zwischen dem ADB. und DBB.". Er schälte heraus, daß diese Verhandlungen an dem Widerstand des Deutschen Beamtenbundes, mit den Arbeitern und Angestellten eine gemeinsame Kampffront zu bilden, gescheitert seien.

Fleischermeister und Arbeitszeit.

In Schöneberg, Steinstr. 8, betreibt der Fleischermeister Philipp Greif eine Rind- und Schweineschlächterei. Beschäftigt wird ein Geselle, der neben seiner Berufsarbeit noch das Auto fahren muß, sowie eine Verkäuferin. Die Arbeitszeit des Gesellen ist wochentäglich von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, ohne nennenswerte Unterbrechung, Sonntags 4 bis 5 Stunden, die der Verkäuferin von morgens ½7 bis ½3 Uhr und von ¾4 Uhr nachmittags bis ½8 Uhr abends. Der Geselle arbeitet in der Woche 88 bis 90 Stunden, die Verkäuferin im Monat zirka 300 Stunden.

Ist es da ein Wunder, wenn die Arbeitslosigkeit steigt? Was sagt die verbrauchende Arbeitnehmerschaft dazu, die bei diesem Fleischermeister ihren Bedarf deckt?

Dem Gewerbeaufsichtsamt Schöneberg sei dieser Betrieb zur gelegentlichen Kontrolle besonders empfohlen.

Schiedsspruch im Rhein- und Maingau.

Für Straßenbahner und Gemeindearbeiter.

Frankfurt a. M., 4. Dezember. Für die Straßenbahner des rhein-mainischen Gebietes wurde am 2. Dezember vor dem tariflichen Schiedsgericht (Zentralausschuß) ein Schiedsspruch gefällt, der eine generelle Lohnerhöhung von 3 Pfennig pro Stunde vorsieht. Die gleiche Lohnerhöhung wurde gestern auch den Gemeindearbeitern des Rhein-Main-Bezirks durch einen Schiedsspruch bewilligt. Die Entscheidung der Parteien über beide Schiedssprüche steht noch aus.

Der „Bund schaffender Landwirte".

DLV. Zu den Organisationen, die heute im Lande im trüben fischen möchten, ist auch der Bund schaffender Landwirte (e. V.) mit dem Sitz in Berlin, Lützowufer 1, zu zählen. In einigen Teilen Ostpreußens haben seine Vertreter sogar den Versuch unternommen, Landarbeiter zu erfassen.

Vor dem Bund kann nicht genug gewarnt werden. Nach allem, was bisher von ihm festzustellen war, ist er nichts anderes als eine kommunistische Organisation, gegründet und aufgezogen zu dem Zweck, an das Landvolk heranzukommen und es für die Bestrebungen der Kommunistischen Partei zu gewinnen. Irgendwelche sachliche Bedeutung ist dem Bund nicht beizumessen.

Soweit der Versuch in Frage kommt, Landarbeiter zu erfassen, steht der Bund sogar im Gegensatz zu der Auffassung, die die Kommunistische Partei heute der freigewerkschaftlichen Landarbeiterbewegung gegenüber vertritt. Diese Auffassung geht dahin, und zwar durchaus richtig, daß alle Landarbeiter und Landarbeiterinnen, die im Lohnverhältnis stehen oder besser gesagt, deren Einkommen hauptsächlich in einem Arbeitslohn besteht, der durch einen Arbeitgeber gezahlt wird, vom Deutschen Landarbeiterverband erfaßt werden müssen.

Wir gehen sogar noch weiter, indem wir auch solche Personen für den Deutschen Landarbeiterverband reklamieren, die sich einen kleinen Nebenerwerb durch Bewirtschaftung von eigenem oder gepachtetem Land verschaffen. Das ist berechtigt, weil es sich hier im Grunde genommen um proletarische Schichten handelt, deren Existenz erst durch den Verkauf der Arbeitskraft restlos gesichert ist.

Es ist die Aufgabe aller freigewerkschaftlich tätigen Kreise, das Wirken des „Bundes schaffender Landwirte" genau zu beobachten und zu verhindern, daß er sich auf einem Gebiete betätigt, auf dem er nicht zuständig ist.

Der Franken steigt.

Die Arbeiter werden brotlos.

Paris, 4. Dezember. (EP.) Nach Meldungen aus Limoges macht sich in der dortigen Schuhindustrie, die in rund 100 Fabriken 6000 Arbeiter beschäftigt, eine Krise bemerkbar, die sich von Tag zu Tag verschärft. Die bereits erteilten Aufträge sind zum größten Teil annuliert worden. 15 Fabriken schicken sich an, den Betrieb vollständig einzustellen, während die übrigen Fabriken zur Einschränkung ihres Personals und der Arbeitszeit gezwungen sind.

Jetzt wird rationalisiert.

London, 4. Dezember. (EP.) In der Kohlenindustrie von Wales ist es zu einer größeren Fusion gekommen. Die in Frage kommenden Firmen sind Gueret u. Co., hinter der die Firma Guest Keen steht, und auf der anderen Seite die Firma Llewellyn.

Theater der Woche.

Vom 5. Dezember bis 13. Dezember 1926.

Volksbühne: 5. bis 9. und 12., 13. Nachtasyl. 10. Lustspiele. 11. Judith. — **Oper am Platz der Republik:** 5. Zigeunerbaron. 6. Josephslegende. Paleiaeile. 7. Tosca. 8. Zar und Zimmermann. 9. Elektra. 10. Der fliegende Holländer. 11. Carmen. 12. Der Rosenkavalier. 13. Die Liebe zu den drei Orangen. — **Schauspielhaus:** 5., 7., 9., 11., 12. Hamlet. 6. Napoleon. 8. Lulu. 10. Figaros Hochzeit. 13. Jugend. — **Schiller-Theater:** 5. Die Journalisten. 6., 12. Herr Gant. 7., 8. Wilhelm Tell. 9., 11. Der zerbrochene Krug. Der Bär. 10. Wallenstein Lager. Die Piccolomini. 13. Soldaten. — **Deutsches Theater:** Reidhardt von Gneisenau. — **Kammerspiele:** Karussell. — **Die Komödie:** Die Gefangene. — **Lessing-Theater:** Mensch und Uebermensch. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Mrs. Cheneys Ende. — **Städt. Oper Charlottenburg:** 5. Die Zauberflöte. 6. Ariadne auf Naxos. 7. Turandot. 8. Fidelio. 9. Die toten Augen. 10. Die Jüdin. 11. Jugend im Mai (Festvorstellung). 12. Jugend im Mai. 13. Aida. — **Großes Schauspielhaus:** Von Mund zu Mund. — **Theater des Westens:** Pamjewa. — **Die Tribüne:** Der Gedanke. — **Deutsches Künstler-Theater:** Die Königin. — **Komödienhaus:** Flüchtchen. — **Berliner Theater:** Miß Amerika. — **Neues Theater am Zoo:** Rinnen am Scheidewege. 11., 11 Uhr abends: Die Probe. 12., 12 Uhr nachts: Matinevorstellung. — **Residenz-Theater:** Das Ulstergequartier. — **Zentral-Theater:** Geschlossen. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 5. Onkel Wanja. Ab 6. Familie Hannemann. — **Theater am Schiffbauerdamm:** Das Grabmal des unbekannten Soldaten. — **Komische Oper:** Adrienne. — **Lustspielhaus:** Die Herzogin von Elba. — **Metropol-Theater:** Wieder Metropol. — **Thalia-Theater:** Der große und der kleine Klaus. — **Theater am Nollendorfplatz:** Das Efel. — **Theater am Kurfürstendamm:** Die Frau an der Kette. — **Kleines Theater:** Dienentragödie. 12., vorm. 11½ Uhr: Matinee Die Tiere. — **Wallner-Theater:** Das Stiftungsfest. — **Rose-Theater:** Von Stufe zu Stufe. — **Kasino-Theater:** Mister Cornebbref. — **Theater in der Klosterstraße:** 5., 8. 300 Frauen. 6. Gespenster. 7., 9. bis 12. Eschen Humbrecht. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 5. Familie Schimek. 7. Im Hafen. — **Theater in der Lützowstraße:** Bis 7. Der fröhliche Kreuzberg. Ab 8. Die türkischen Gurken. — **Theater im Admiralspalast:** Heller-Revue „An und aus". — **Wintergarten** und **Scala:** Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** Stettiner Sänger. — **Theater am Kottbusser Tor:** Elite-Sänger.

Nachmittagsvorstellungen: **Volksbühne:** 5., 12. Nachtasyl. — **Schauspielhaus:** 5., 12. Doppelselbstmord. — **Schiller-Theater:** 5. Minna von Barnhelm. — **Deutsches Theater:** 8., 11. Der Weihnachtsstern. 5., 12. Minna von Barnhelm. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 5., 12. Was ihr wollt. — **Großes Schauspielhaus:** 8., 9., 11. Funkheinzelmanns Märchenreise. — **Theater des Westens:** 5. Pamjewa. — **Deutsches Künstler-Theater:** 11. Firlefanz, der Puppendoktor. 12. Der fröhliche Weinberg. — **Komödienhaus:** 12. Der Garten Eden. — **Berliner Theater:** 12. Die Ehre. — **Neues Theater am Zoo:** 8., 12. Fridolins Reise um die Welt. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 5., 12. Familie Hannemann. — **Theater am Schiffbauerdamm:** 5. Das Grabmal des unbekannten Soldaten. 8. 11. Hurrsti-Bumsti. 12. Der Geizige. — **Komische Oper:** 5. Adrienne. — **Lustspielhaus:** 12. Dornröschen. — **Thalia-Theater:** 5., 12. Lottchens Geburtstag. Erster Klasse. — **Kleines Theater:** 5., 11., 12. Schneewittchen. — **Wallner-Theater:** 5., 12. Das Stiftungsfest. — **Rose-Theater:** 10. Puppenspiele: Rumpelstilzchen. 11., 12. Max und Moritz und der Weihnachtsmann. — **Theater in der Klosterstraße:** 5., 8., 11., 12. Hänsel und Gretel. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 5. Der geflickte Kater. — **Theater in der Lützowstraße:** 5. Hänsel und Gretel. 12. Christkindchens Puppe. — **Theater im Admiralspalast:** 5., 12. „An und aus". 8., 11. Kinderrevue „Alle Puppen tanzen". — **Scala:** 5., 11. Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** 5., 12. Stettiner Sänger.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Pölcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39—40 (Alexander-Passage) Tel.: Königstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulanten Zahlungsbedingungen
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen

In riesiger Auswahl!
Künstler-Garnituren weiß, 18.-, 7.-, 5.-, 3.60
Künstler-Garnituren bunt, 16.-, 12.-, 9.-, 6.50
Dunkel Madras-Falt.-Garn. 30.-, 25.-, 18.75
Halbstores . . . 8.-, 6.-, 4.50 2.50
Bettdecken 1- und 2teilig alle Preislagen
Steppdecken doppelseitig Satin 23.-, 24.50, 17.50
Gobelin-Tischdecken 22.75, 16.-, 12.00
Gobelin-Diwandecken 30.-, 24.-, 18.00
Teppiche 2 mal 3 Mtr., 125.-, 95.-, 65.- 30.00
Läuferstoffe pro Meter von 2.00 an
Vorleger . . . . . von 6.00 an
Alle Waren ohne Aufschlag bei Teilzahlung. Lieferung bei Anzahlung.
Sächsisches Gardinen- und Einrichtungshaus
nur Neukölln, Hermannstr. 32.

Spezialbehandl. Nur für Ischias in Kpf., Gesäß und Bein, wenn ärztl. freigegeben, in 15 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. Tausendfache Heilerfolge Bestätigungen und Referenzen. Ärztl. empfohlen. Lausitzerstraße 10B. 9-11, 1-4, Dienstag 10-12. Jansen

Beleuchtungskörper
für Wohnungen in allen Stilarten
Spezialbeleuchtungen
für Verkaufsräume, Schaufenster, Werkstätten
Teilzahlungen können auf Wunsch vereinbart werden
Beleuchtungskörper
G. m. b. H. Berlin NW 6
Besichtigen Sie unsere Ausstellungsräume Luisenstr. 35

ERSTE BERLINER FISCH-BACKSTUBEN
Seefisch-Nahrung
nahrhaft, schmackhaft, billig, unbelastet durch agrarische Wucherzölle
60 Pfennig
die Mahlzeit
in und außer dem Hause
Erste Berliner Fischbackstuben
Mittelstraße 64-65
Brückenstraße 1a
Bergmannstraße 109
Kaiserallee 98

Auf Kredit
zu kaufen kann ich Ihnen nicht zumuten!
Zahle bar!
Achten Sie genau auf folgende Beispiele:
Kaufe billig!
Herren-Stiefel gute Verarbeitung Rindbox . 6.95
Brokat-Spangen-Schuhe und Pumps L XV . 6.90
Lackpelzschuhe echt L XV 11.75
Herren-Stiefel mod. Form, Rindbox w. ged. . 7.95
Satin-Spangen-Schuhe L XV 4.75
Größtes Spezialschuhhaus des Ostens!
Lewkowitz
Größtes Spezialschuhhaus des Ostens!
Filialen:
Gr. Frankfurter Str. 131, am Rose-Theater. / Andreasstr. 67, an der Langestr. / Frankfurter Allee 51, Ecke Niederbarnimstr.
Prinzenstr. 79, am Moritzplatz / Anschlußhäuser: „Der Deka-Schuh", Frankfurter Allee 59; der „Moderner Schuh", Uhlandstr. 165/166